

## Neue Vorwürfe: Niederländischer Skandalarzt arbeitete ohne Anmeldung

Neue Vorwürfe gegen den niederländischen Skandalarzt: Der Mediziner hat offenbar in mehreren Bundesländern gearbeitet, ohne sich bei den Ärztekammern zu melden. In dieser Zeit soll er in Worms eine Patientin zum Pflegefall gemacht haben. Die Frau klagt gegen die Klinik.

Klinikum Worms: Hier arbeitete der Skandalarzt von August 2010 bis Februar 2011

Hamburg - Ein niederländischer Neurologe soll in seinem Heimatland jahrelang Patienten mit falschen Behandlungen massiv geschadet haben, dennoch war der Mann in verschiedenen deutschen Kliniken beschäftigt. Eine ehemalige Patientin des Klinikums Worms wirft dem Skandalarzt vor, sie zum Pflegefall gemacht zu haben.

Ein Sprecher des Landgerichts Mainz bestätigte am Freitag, dass eine Klage gegen das Klinikum anhängig sei. Die Frau fordere 200.000 Euro Schmerzensgeld. Zurzeit wartet das Gericht dem Sprecher zufolge auf einen Gutachter der Landesärztekammer, um das Verfahren fortführen zu können.

Laut der Rechtsanwältin der Patientin, Michaela Bürgle, war ihre Mandantin im Januar 2011 wegen einer Kreislaufschwäche in Worms behandelt worden. Kurz vor der Entlassung habe der umstrittene Arzt der damals 78-Jährigen das Rückenmark punktiert. Dabei seien Nerven massiv beschädigt worden. Die Frau sitze seither im Rollstuhl, sei von der Hüfte abwärts gelähmt und ein Pflegefall, sagte die Frankfurter Juristin. Für den folgenschweren Eingriff habe sich der Arzt nicht einmal die Zustimmung der Frau eingeholt. Diese habe 2011 Klage eingereicht.

Das Klinikum Worms, in dem der Mediziner von August 2010 bis Februar 2011 angestellt war, weist die Vorwürfe zurück. Anhaltspunkte für ein Fehlverhalten seien nicht bekannt oder ersichtlich. "Die Entscheidung zur Lumbalpunktion erfolgte hier entgegen der anwaltlichen Behauptung wohlkalkuliert und keineswegs grundlos", hieß es in einem offiziellen Schreiben. Allerdings habe keine Einverständniserklärung der Patientin zu dem Eingriff vorgelegen.

## Skandalarzt mied Ärztekammern

Offenbar arbeitete er in mehreren Bundesländern unter dem Radar der jeweiligen Ärztekammer. Der Mann sei zu keiner Zeit als praktizierender Arzt in Rheinland-Pfalz gemeldet gewesen, sagte eine Sprecherin der Ärztekammer in Mainz. Dabei schreibe die Berufsordnung dies jedem Mediziner vor. Auch in Baden-Württemberg hatte sich der Mann, der bis vergangenen Freitag am Klinikum in Heilbronn beschäftigt war, nicht bei der Kammer gemeldet, wie ein Sprecher in Stuttgart sagte.

Seine Approbation für Deutschland hatte der Skandalarzt bei der nordrhein-westfälischen Bezirksregierung Arnsberg erhalten. 2006 habe er der Behörde alle erforderlichen Papiere vorgelegt, sagte Sprecher Christoph Söbbeler. Dass damals bereits in den Niederlanden gegen den Arzt ermittelt wurde, "hat sich unserer Kenntnis entzogen", betonte Söbbeler. "Wir hatten schlicht keinerlei Ahnung davon."

Von 2006 bis 2009 war der Neurologe dann im Klinikum Bad Laasphe in Westfalen-Lippe tätig. Dort war er bei der Ärztekammer gemeldet. Danach verwischen seine Spuren für die Behörden. "Ich weiß, dass er in Niedersachsen praktiziert hat und dort nicht gemeldet war, also schwarz gearbeitet hat", sagte der Sprecher der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Volker Heiliger.

#### Strafanzeige von Patientenschutzverband

In den Niederlanden hatte der Arzt bereits vor seiner Zeit in Deutschland nicht mehr praktizieren dürfen. Ihm wurden Dutzende dort Fehldiagnosen wie Alzheimer, Multiple Sklerose und Parkinson sowie Untreue vorgeworfen. Die zuständige Staatsanwaltschaft spricht vom "größten medizinischen Strafprozess in der Geschichte der Niederlande".

Die Deutsche Stiftung Patientenschutz hat gegen das Klinikum Worms und die Vermittlungsagentur für Ärzte Strafanzeige wegen Körperverletzung gestellt, wie sie am Freitag mitteilte. Sie wirft ihnen vor, den Werdegang des Mediziners nicht ausreichend geprüft zu haben. "Es wäre ohne großen Aufwand möglich gewesen, durch Internetrecherche oder Erkundigungen beim letzten Arbeitgeber in den Niederlanden von den Vorwürfen zu erfahren", argumentierte Stiftungsvorstand Eugen Brysch.